

Nein bedeutet Renationalisierung der europäischen Politik

VON MARCEL MART

Warum ich mit Ja stimme? Weil Nein stimmen keine Lösung bietet. Die Hoffnung, ja Überzeugung, vieler Neinsager, die europäischen Staaten würden sich schnellstens zusammensetzen, um einen neuen sozialeren Vertragsentwurf auszuarbeiten, ist ein Trugbild. In der Europäischen Union gibt es eine ganze Reihe Staaten, insbesondere unter den zehn neuen Mitgliedern, die eher das britische Wirtschaftsmodell anzunehmen bereit sind. Sogar Laurent Fabius pocht nicht mehr auf eine solche aussichtslose Neuverhandlung.

Wieso soll diese Ablehnung eines Vertrages, aus vier bis sechs gänzlich verschiedenen Gründen, uns Europäern einen besseren Schutz vor den Folgen einer Globalisierung der Weltwirtschaft bietet, wenn das Gewicht und die kollektive Stimme Europas durch 25 unterschiedli-

che nationale Gegenreaktionen ersetzt werden.

Glaukt einer ernstlich daran, dass ein Nein zur europäischen Verfassung die 1,2 Millionen Chinesen und die eine Milliarde Indier dazu verleiten werden, aus Rücksicht auf uns Europäer morgen die 35-Stundenwoche oder die Rente mit 60 Jahren einzuführen?

Das französische und niederländische Nein brachten nicht den Ansatz eines großen Befreiungsschlages, eine neue hoffnungsvolle Alternative, sondern eine große Ratlosigkeit, ein Neuaufflammen der egoistischen Nationalismen, wie es das Scheitern der Verhandlungen über die europäischen Haushaltsperspektiven 2007 bis 2013 auf peinlichste Art gezeigt hat. Dabei hat der Zersetzungsprozess gerade erst angefangen.

Der seit Wochen andauernde langsame Verfall der Euro-Währung ist durch den offensichtli-

chen Vertrauensverlust der Europäer in die eigene gemeinsame Zukunft mitbedingt. Für die 25 %, die Europas Industrie in Nicht-Euroländer exportiert, ist dies vielleicht eine kleine Erleichterung, aber viel folgenreicher für den europäischen Verbraucher ist die Tatsache, dass sämtliche Rohstoffe vom Erdöl, Kupfer, Gold bis zur Baumwolle, zum Kaffee und so weiter auf dem Weltmarkt in Dollar gehandelt werden.

Die Stimme Luxemburgs zählt!

Der starke Euro hat uns bisher geschützt, desto besorgniserregender ist es, dass seit Januar dieses Jahres das Erdöl für die Amerikaner um 40 %, für die Europäer aber um ganze 60 % gestiegen ist!

Ganz besonders wir Luxemburger sollten uns davor hüten, in den Chor der bedingungslosen Gegner der Freizügigkeit von Wa-

ren, Personen, Kapitalien und Dienstleistungen einzustimmen. Diesen Freiheiten, durch die europäischen Verträge abgesichert, verdanken wir unsere diversifizierte Industrie, unser privates Satellitensystem Astra, unseren Bankenplatz, unseren Bauboom und die 115 000 Grenzgänger, die jeden Tag zu uns pilgern und deren hervorragende Ausbildung uns keinen Franken kostet.

Eine handlungsfähige europäische Union sichert bestimmt besser unseren Wohlstand, unsere Krankheitsversorgung, unser Rentensystem und die luxemburgische Gewichtung in den europäischen Entscheidungsgremien, als die Rückkehr des „jeder für sich“-Reflexes einzelner Nationen.

Die Forderung eines Vertreters der französischen ATTAC-Bewegung, man müsste den Parasitenstaat Luxemburg abschaffen, sowie die Erklärung des deutschen Finanzministers Hans

Eichel, das Weiterbestehen der Steuerparadiese, unter gleich welcher Form, wäre für die Mehrheit der Staaten nicht länger tragbar, lassen den rauen Wind der aus einem renationalisierten Europa droht, besorgniserregend verspüren.

Es ist richtig, dass es zahlenmäßig nicht auf die 230 000 luxemburgischen Stimmen für oder gegen die Verfassung ankommt, doch aufgrund der Tatsache, dass von den sechs Gründungsstaaten, bereits drei für und zwei gegen die Ratifizierung gewählt haben, wird Luxemburg entscheiden, ob die Mehrheit der Sechs, also Vier die Verfassung annehmen, oder aber ein Unentschieden drei zu drei herauskommt. Die europäische und internationale Öffentlichkeit muss sich dann sagen, dass etwas mit diesem Europa nicht stimmen kann, wenn sogar das Land, das am meisten von Europa profitiert hat, auf Distanz gegangen ist.